

Der Turm hätte einstürzen können

Viele Kantonsbauten sind nicht erdbebensicher – Baselland will sich Überblick verschaffen



Unerschütterlich. Nach einer fünf Millionen Franken teuren Sanierung ist das Gymnasium Liestal nun erdbebensicher. Foto Elena Monti

Von Daniel Ballmer

Liestal. «Das hätte Hunderte von Toten gegeben.» Die Worte von Beat Zemp klingen dramatisch. Für das Gymnasium Liestal sei ein Gefahrenbericht erstellt worden, erzählt der Mathematiklehrer. «Die Ergebnisse waren erschreckend.» Der Bericht habe aufgezeigt, «dass der grosse Mitteltrakt bei einem mittelschweren Erdbeben einfach in sich zusammengestürzt wäre». Beim Bau des Gymnasiums vor 45 Jahren habe man noch nicht so stark auf Erdbebensicherheit geachtet, sagt auch Rektor Thomas Rätz. Nun aber ist die Gefahr gebannt. Im Rahmen der ordentlichen Innensanierung wurden umfangreiche Umbauten vorgenommen. Dabei habe der Kanton auch die Erdbebensicherheit erhöht. «Jetzt sind wir auf einem guten Stand», ist Rätz überzeugt.

«Es ist schwer zu beurteilen, ob der Haupttrakt eingestürzt wäre», sagt Andreas Schlittler vom Baselbieter Hochbauamt. «Er hätte aber sicher Schaden genommen.» Bei einem starken Beben hätte sich der Gebäudeteil wohl so stark

bewegt, dass die ganze Fassade zerstört worden wäre. Anlässlich der ordentlichen Bausanierung hat das Hochbauamt eine Grobanalyse vorgenommen und daraufhin erdbebensichernde Massnahmen ergriffen. So wurde eine zusätzliche Betonwand eingezogen, Stützen und die Liftschachthülle wurden verstärkt. Vom Sanierungskredit über 5,1 Millionen Franken haben alleine diese Massnahmen 1,1 Millionen verschlungen.

Gesamten Gebäudepark prüfen

Und auf den Kanton dürften noch viel höhere Kosten zukommen: Denn das Gym Liestal ist bei Weitem kein Einzelfall. Da ist sich auch Rektor Rätz sicher: «Viele Schulbauten sind nicht auf dem neusten Stand.» Dessen ist sich auch die Fachstelle bei der Baselbieter Baudirektion bewusst. «Wir sind daran, das gesamte Gebäudeportfolio des Kantons zu überprüfen», sagt Schlittler. Das seien Hunderte Bauten. Und mit der Übernahme der Sekundarschulbauten kommen nochmals viele hinzu. Erklärtes Ziel des Hochbauamts ist es,

bis Ende 2012 eine Grobanalyse von allen Bauten vorgenommen zu haben. Anschliessend gelte es, die Massnahmen zu priorisieren, sagt Schlittler. «Dabei müssen wir natürlich auch die Verhältnismässigkeit von Kosten und Nutzen im Auge behalten.»

Und der Handlungsbedarf ist enorm: Rund 80 Prozent der bestehenden Bauten in der Schweiz entsprechen nicht den geltenden Erdbebennormen. «Insofern besteht fast überall ein Risiko», sagt Schlittler. Dies hänge aber in erster Linie damit zusammen, dass die Baunormen in den letzten Jahren deutlich verschärft worden seien. Mittlerweile würden Gebäude bei ordentlichen Sanierungen und Umbauten immer auch auf Erdbebensicherheit hin geprüft. Mögliche Kosten seien im Voraus aber nicht zu beziffern. Erdbeben seien als Risikofaktor aber durchaus erkannt worden. «Es ist denn auch davon auszugehen, dass auch bei vielen anderen Bauten ein Risiko besteht», sagt Schlittler. Angst brauche man deswegen aber nicht zu haben. «Sonst müssten wir ja Schulen schliessen», sagt Schlittler.

Trinationale Übung im kommenden Jahr geplant

Liestal. Erdbeben als grosser Risikofaktor ist derzeit ein Schwerpunktthema des Baselbieter Amts für Militär und Bevölkerungsschutz (AMB). So ist für Mai 2012 die dreitägige, trinationale Stabsübung «Seismo 12» geplant. Szenario: Ein Erdbeben mit einer Magnitude von 6,9 wie jenes, das die Region im Jahr 1356 erschüttert hatte. Das Epizentrum wird in Reinach liegen. Nach einem solchen Beben wäre im Baselbiet mit gegen 7000 zerstörten und 12000 unbewohnbaren Gebäuden zu rechnen, hatte die Regierung im September in einer Interpellationsbeantwortung geschrieben. Auch wären voraussichtlich knapp 1000 Tote und bis zu 10000 Verletzte zu beklagen. An der Übung teilnehmen werden neben den Nordwestschweizer Kantonen auch die Armee, Vertreter der Restschweiz sowie Freiburg im Breisgau und das Gebiet Haut-Rhin. «Eine solch grosse Übung haben wir noch nie durchgeführt», sagt AMB-Leiter Marcus Müller. dab

Nachrichten

Sonnenenergie für die Abwasseranlagen

Liestal. Die 28 Kläranlagen des Kantons benötigen 9700 Megawattstunden an elektrischer Energie pro Jahr, dies entspricht dem Verbrauch von 2300 Haushalten. Der Regierungsrat hat gestern beschlossen, dem Landrat das Projekt Solara vorzulegen, ein Gesamtkonzept für den Bau von fünf Fotovoltaikanlagen auf Abwasseranlagen. Mit Fotovoltaikanlagen soll der Anteil des Stroms aus erneuerbarer Energie um 640 000 Kilowattstunden pro Jahr erhöht werden. Der Selbstversorgungsgrad mit elektrischer Energie könne durch das Projekt Solara auf 41 Prozent erhöht werden. Die Kosten für alle fünf Fotovoltaikanlagen belaufen sich auf 3,7 Millionen Franken.

Im Oberbaselbiet droht Mangel an Hausärzten

Liestal. Vier von fünf Hausärztinnen und Hausärzten im Kanton Baselland sind heute über 55 Jahre alt und werden in den nächsten Jahren ihren Ruhestand planen. Der Kanton hat in einem dreijährigen Programm von 2009 bis 2011 die Weiterbildung von künftigen Hausärztinnen und Hausärzten gefördert. Aufgrund der positiven Erfahrungen beantragt der Regierungsrat zur Weiterführung des Förderprogramms beim Landrat einen Verpflichtungskredit von jährlich 250 000 Franken für weitere drei Jahre. Ohne Gegenmassnahmen sei ein Hausärztemangel in ländlichen Gegenden absehbar, schreibt die Regierung.

Velofahrerin gerät in Tramschiene und stürzt

Münchenstein. In der Emil-Frey-Strasse in Münchenstein ist eine 55-jährige Frau mit dem Velo in die Tramschiene geraten und gestürzt. Der Unfall ereignete sich laut Angaben der Polizei am Montagmittag gegen 16 Uhr. Die verletzte Velofahrerin musste ins Spital gebracht werden.

Sozialdienst verliert die gesamte Führungsriege

Laufen. Die Sozialdienste Laufen teilen mit, dass der Vorstand und der Geschäftsführer auf den 30. Juni 2012 zurücktreten. Dem Vorstand und dem Geschäftsführer würde viel daran liegen, dass die bestehende Organisation korrekt in eine neue Struktur überführt werde, heisst es in einem Communiqué von gestern. Man wolle mit dem Rücktritt «Friktionen» mit der neuen Führungscrew vermeiden. Anstehende Entscheide könnten nur von den neuen Verantwortlichen optimal beurteilt und auch gefällt werden.

Keine Beweise für Wahlfälschung

Strafverfahren gegen die Muttenzer SP-Landrätin Ayse Dedeoglu eingestellt

Von Daniel Ballmer

Liestal. Ayse Dedeoglu kann aufatmen. Die Baselbieter Staatsanwaltschaft hat das Strafverfahren wegen Wahlfälschung und Stimmenfang vollumfänglich eingestellt. «Natürlich bin ich erleichtert, dass der Fall abgeschlossen ist, da der gegen mich erhobene Vorwurf nicht gerechtfertigt war», erklärt die Muttenzer Landrätin. Stets hatte sie ihre Unschuld beteuert. Weil ihr bewusst gewesen sei, dass die Untersuchung Monate in Anspruch nehmen dürfte, sei diese Zeit für sie eigentlich ertragbar gewesen.



Die türkischstämmige Dedeoglu war unter dem Verdacht gestanden, bei den Landratswahlen vom 27. März systematisch Stimmenfang oder gar Wahlfälschung betrieben zu haben. Auf 276 freien Listen stand ausschliesslich zweimal Dedeoglus Name. Damit galten die Wahlzettel als SP-Parteilisten und verhalfen ihr erstmals ins Parlament. Ebenso war immer wieder die mutmasslich selbe Hand-

schrift aufgefallen. Trotz der Untersuchung war Dedeoglu im Sommer als neue Landrätin angelobt worden.

Anzeige erstattet hatte nur einen Tag nach den Landratswahlen die Landeskanzlei, weil ihr Wahlzettel verdächtig vorgekommen waren. Die Abklärungen und Ermittlungen hätten nun ergeben, dass der Tatbestand der Wahlfälschung nicht erfüllt sei, wie die Baselbieter Staatsanwaltschaft gestern mitteilte. «Auch wir sind erleichtert, dass die Sache nun geklärt ist und wir einen Schlussstrich darunter ziehen können», sagt der Baselbieter Landschreiber Alex Achermann. Auch für die Landeskanzlei sei der Fall belastend gewesen, weil die Anlobung Dedeoglus immer nur unter Vorbehalt gewesen sei.

Zuletzt überwogen die Zweifel

Trotz der Einstellung des Verfahrens aber könnten Zweifel bleiben. So habe es bis zuletzt Indizien gegeben, die den Tatbestand des Stimmenfangs nahegelegt hätten, schreibt die Staatsanwaltschaft weiter. Allerdings liessen sich die verdächtigen Wahlzettel auch mit einem eingeholten Handschriftgutachten nicht eindeutig zuordnen, erklärt Sprecher Michael Lutz. Deshalb überwogen am Schluss die Zweifel. «Der Tatbestand

des Stimmenfangs liess sich letztlich nicht an der Person Dedeoglu festmachen», sagt Lutz.

Von allfälligen Zweifeln lässt sich Landrätin Dedeoglu nicht irritieren: Sie denke nicht, dass durch die Aussagen der Staatsanwaltschaft ein gewisser Restverdacht aufrechterhalten werde. «Die Staatsanwaltschaft spricht von gewissen Indizien», betont Dedeoglu. «Wären diese konkret gewesen, wäre der Fall nicht eingestellt worden.» Insofern störe sie sich auch nicht an den Aussagen in der gestern veröffentlichten Medienmitteilung.

Erleichtert zeigt sich auch Dedeoglus Partei. In einer Mitteilung bringt die Baselbieter SP ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass nun jeder Verdacht vom Tisch geräumt sei. «Wir haben uns immer hinter Ayse Dedeoglu gestellt», sagt SP-Präsident Martin Rüegg. «Und das Ergebnis zeigt nun, dass wir recht damit hatten.» Dedeoglu könne sich nun endlich ganz ihrer politischen Arbeit widmen. Für die SP sei der Fall damit erledigt. «Es stellt sich einzig die Frage, ob die Untersuchung tatsächlich so lange dauern musste», sagt Rüegg. «Die Zeit mit den ewigen Verdächtigungen war natürlich unangenehm.» Zuletzt aber zähle nur das Ergebnis.



Ende einer Dienstfahrt

Ursache unklar. Am Montagmorgen rollte ein Lastwagen plötzlich den Holeyweg in Allschwil hinunter und kollidierte mit zwei korrekt parkierten Personenwagen, die mehrere Meter weggeschoben wurden. Dies meldete die Polizei gestern Dienstag. Der Chauffeur war im Begriff, eine Mulde aufzuladen, als er bemerkte, dass daran noch zwei Baustellenlampen befestigt waren; bevor er aus der Fahrerkabine ausstieg, um die Lampen zu entfernen, habe er die Handbremse arretiert, heisst es im Polizeicommuniqué. Was genau als Unfallursache zu gelten habe, sei aber noch Gegenstand laufender Untersuchungen, sagt Polizeisprecher Rolf Wirz. An der Bremse habe man aber keinen Defekt festgestellt. Verletzt wurde niemand, es entstand jedoch erheblicher Sachschaden. GS Foto Polizei BL